Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile entsprechend an den dreigespaltenen Textzeilenteil 1,20 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 24. Dezember 1926 — Nummer 288

Friede auf Erden...

Wieder wie alljährlich kündet die Pfaffen ihre Friedensbotschaft von den Kanzeln der Kirche. Wir aber sind dem neuen Krieg, dem nächsten, um ein Jahr nähergerückt. Die Gefahren sind konkreter geworden. Während im vorigen Jahr das Friedensgeläut der Glocken von den Friedensreden der Politiker wuchtig begleitet wurde, sind heute die Friedensreden stiller geworden. Ein paar Nobelpreise wurden ausgeteilt, jedoch alle Welt fühlte das als eine lächerliche Komödie, Pflaster auf die brennenden Kriegserscheinungen. So erhielt einst der ewig kriegslüsterne Hohenzoller seinen Friedensnobelpreis. Jetzt aber wird das Friedensgeschwätz begleitet von ernsten Erscheinungen. In den Zeitungen lasen wir vor einigen Tagen die Worte von Kriegsgefahren im Osten.

Was wir seit Jahren voraussagten, was wir auch in unserm vorigen Weihnachtsartikel schrieben, nimmt greifbare Gestalt an. Der Ring um Sowjetrußland, die Vorbedingung zum neuen Krieg ist enger geschlossen. Nur der zähen Energie, der Klugheit und Kraft der Sowjetunion ist es zu danken, daß wir nicht schon in neuen Kriegen stehen. Noch gelang es, den Ring zu durchbrechen, ihn immer wieder erneut zu durchlöchern. Aber wir sehen in der Zeit der Atempause, die wohl noch ausgedehnt werden konnte, die jedoch nicht ewig anhalten kann. Schon hat der erbittertste Gegner der Sowjetunion, das raubgierige England, einen neuen frechen Vorstoß unternommen. Litauen, der Keil in den Gürtel der rußlandfeindlichen Mächte, soll zu einem Teil des Blockes gegen Rußland werden. Polen will die Besetzung dieses Landes. England treibt und fördert diese Pläne. Zuerst vollführten jetzt die England anhängenden Teile der Großagrarier und Großbourgeoisie einen Staatsstreich, indem sie die rußlandfreundliche Regierung stürzten. Der Putsch war von außen vorbereitet, um eine festere Basis gegen Rußland zu erhalten. Die russische Sowjetregierung ließ erklären, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten des litauischen Staates nicht einmischen werde, daß sie aber einem Vormarsch der polnischen Soldateska nicht zusehen könne. Rußland, das Land der Arbeiter und Bauern, kämpft um seine Existenz gegen die Abdrosselung durch seine Feinde, und schon schreit die ganze kapitalistische Welt, Rußland bedroht den Frieden. Das ist so die Methode der Lüstlinge, die deswegen ein Mädchen als Hure beschimpfen, weil es ihnen nicht zu Willen sein will.

Aber diese Vorgänge in Litauen haben eine ernste Bedeutung, sie werfen die Schatten einer künftigen Entwicklung voraus. Sie zeigen, daß, nachdem jetzt durch die Völkerbundspolitik in Genf und Locarno die Differenzen zwischen den westlichen kapitalistischen Staaten zurückgestellt sind, diese das Spiel mit dem Feuer beginnen.

England ist der Treiber in diesem Spiel. England will ein Rußland, das die Unterdrückung und Niederwerfung der Kolonialvölker unterstützt. England braucht ein reaktionäres Rußland. Deutschland spielt dabei die zweite Geige, aber Deutschland spielt mit. Chamberlain versprach den Korridor und Danzig für die Unterstützung der rußlandfeindlichen Pläne. Hat er an Polen Litauen schon verschachert? Auf alle Fälle: Polen rüstet mobilisiert. Schrieben wir voriges Jahr von den Gefahren des Krieges, so lagen die Verhältnisse damals so, daß für viele diese Dinge noch nicht so offen zutage traten. Jetzt aber, und darin besteht der Unterschied, gehen die Imperialisten daran, das Feuer in Europa anzuzünden. Auch an der Grenze Rußlands und Deutschlands wurde der Brandherd entfacht. Litauen ist in einen Bürgerkrieg gestürzt. Wird die neue Regierung die Polen zu Hilfe rufen? Weshalb nicht? Rief nicht immer die Reaktion die Invasion gegen die Revolution? Kommt es dazu, dann werden ernstere europäische Auseinandersetzungen unausbleiblich sein. Denn, ob dann Sowjetrußland noch zusteht oder nicht, die Kriegsgefahr rückt in greifbare Nähe, die Nobelpreisträger sind dann bald am Ziel. So gilt es diesmal, besonders wachsam zu sein; die „Friedensglocken" dürfen keinen Arbeiter einlullen.

Ohne hier auf die Ursachen und Wirkungen der anderen Kriegsherde oder Kriegsherde einzugehen, wollen wir hier nur einige aufzählen. Nicht nur die Innenpolitik läßt Italien im ständigen Zustand des Bürgerkrieges leben, viele hundert Tote, verödete Gebäude usw., sondern auch seine Außenpolitik legt ständig neue Kriegsgefahren. In China ist Krieg. Vorübergehende Ruhe ist in Marokko und Indien, in Java. Arbeitermord und Arbeiterverfolgung wüten auf der ganzen Welt, das ist kapitalistischer Weihnachtsfrieden.

Vor einigen Tagen hielt der Papst eine heuchlerische Friedensrede. Er ermahnte Mussolini, doch aufzuhören mit dem Mord; der Papst kam post festum hinterher, nachdem hunderte ermordet, er kam nicht von ungefähr zu spät, er die Religion und die Kirche stehen auf der Seite der blutigen Reaktionäre. Der Imperialismus schafft sich seinen „Frieden", er verbietet, die Kriegsgefahren zu zeigen.

Der Papst ist ein Franzose, die französische Bourgeoisie ging damit, daß sie das katholische Kirchenoberhaupt schaffte, offen in die Front der geistigen Unterdrücker; in Mussolini zeigte der Affenprozeß, daß die imperialistische Epoche keine geistigen Regungen gebrauchen kann. In Deutschland folgte Herr Külz, der Demokrat und „derzeitige Republikaner" mit seinem Schund- und Schmutzgesetz den Spuren des amerikanischen Affenprozesses. Geistiger Tod, um durch neue Krieg physischen Tod zu verbreiten, das ist die „Friedensmelodie" der christlich-imperialistischen Weihnachten.

Aber die Machthaber täuschen sich, die Massen folgen nicht mehr dem sagenhaften Stern von Bethlehem, sondern dem konkreten Symbol der Revolution, dem Sowjetstern. Der Sowjetstern, der seine Strahlen über die fünf Erdteile sendet, ist das Zeichen, in dem die Massen marschieren und siegen, trotz Affenprozeß und Schund und Schmutz. Die Lebensfäden des Kapitalismus sind zerstört, er kann noch Blut trinken, aber nicht mehr genesen. Der Maulwurf der Revolution vollführt seine Arbeit. Die Fronten verschieben sich. Die Massen der Kleinbürger, der Mittelständler, der kleinen Bauern, sie, die 1918 und auch noch 1923 die erbittertsten Feinde der proletarischen Revolution waren, sie befinden sich auf dem Wege zur gemeinsamen Front mit der Arbeiterschaft. Im Lager der Arbeiter vollzieht sich gewaltig der Radikalisierungsprozeß. Die Arbeiter erkennen die Fetzheit und Halbheit, den Verrat der reformistischen Führer. Sie wenden sich ab von den Renegaten. Diese vollführen eine sich von Tag zu Tag steigende Kommunistenhetze. Sie schreiben das unsinnigste antibolschewistische Zeug zusammen, sie unterstützen die Politik der Imperialisten gegen Sowjetrußland. Der Sowjetgranatenschwindel ist ein bleibender Bestand der sozialdemokratischen Politik geworden. Doch der Erfolg, kein denkender Arbeiter glaubt diesen Unfug. Die Sozialdemokraten entlarven sich selbst als Lügner. Aber heute werden sie vom Frieden schreiben, wie alle kapitalistischen Blätter und dabei zum Kriege hetzen.

Mögen die kapitalistischen Heuchler ihre „Friedensglocken" erklingen lassen, für die Arbeiter wird jeder Glockenschlag sein eine Mahnung zur Rüstung zum Befreiungskampf. Die Arbeiter haben offene Augen und Ohren, sie lenken keine verzückten Blicke nach dem „Morgenland". Sie sehen ihre eigene Not. 2 600 000 Erwerbslose gehen mit Zorn und Verbitterung an hellerleuchtete, mit Lebensmitteln, Kleidern und Spielwaren gefüllten Fenstern vorüber und wissen nicht, wo sie für sich und ihre Kinder das Brot zu den Feiertagen hernehmen sollen. 2 600 000 Erwerbslose fluchten dem gefallenen Schnee, der von bürgerlichen Pressekulis romantisch besungen wurde, weil seine Nässe durch die zerrissenen Schuhe dringt. Millionen Arbeiter ziehen mit ein paar Lohnpfennigen durch die erleuchteten Straßen und fühlen den Luxus auf der einen und das Elend auf der eigenen Seite. Für sie wird der Weihnachtstrubel Ansporn zum Klassenkampf sein. Für die Arbeiter gibt es keine Weihnachtsromantik. Zwar haben die kapitalistischen Parteien in Sachsen und im Reich die Regierungsfragen aufgeschoben bis nach den Feiertagen, jedoch die Gegensätze bleiben, der Klassenkampf und die Zersetzung im Lager des Bürgertums. Die Arbeiter werden die Pause nutzen, um zum Kampf zu rüsten.

Deswegen, wenn die Weihnachtsglocken läuten, für uns wird jeder Klang bedeuten:

Friede den Hütten!
Krieg den Palästen.

Wir sehen die Gefahren des imperialistischen Krieges. Die Unterdrückung und die Not und die kapitalistischen Feiertage lassen uns dies noch besonders lebendig werden. Wir sehen die Scheiterhaufen, Galgen und Rad des Mittelalters, das laufende Band, die Ausbeutung und die Sonder- und Standgerichte der Neuzeit. Unsere Weihnacht, das wird die Befreiung der Menschheit sein.

Das Arbeitsschutzgesetz

„Im Grunde genommen ist jede soziale und Arbeiterschutz-Gesetzgebung für die Arbeiterschaft dasselbe, wie die Jagdschutzgesetze für das Wild."

Mit diesen Worten hat Rosa Luxemburg in eindeutiger Weise treffend die kapitalistische Sozialpolitik charakterisiert. In der Tat sind die „Zugeständnisse", die die Kapitalisten in der Gesetzgebung der Arbeiterschaft machen, immer derartig zweifelhafter Natur. Auch der Bauer muß sein Zugviehgut pflegen, wenn er von ihm Arbeit verlangt.

Doch die Kapitalisten wollen nicht einmal diese notwendigen Zugeständnisse machen. Um so notwendiger wäre es, durch Einsatz der ganzen organisierten Kraft des Proletariats in der Sozial-Gesetzgebung gewisse Sicherungen, die über das Maß der bloßen kapitalistischen Zugeständnisse hinausgehen, zu erringen. Obwohl das nur Reformen sind, können derartige Reformen in der gegenwärtigen Niedergangsperiode der kapitalistischen Wirtschaft nur im entschiedensten Klassenkampf dem Unternehmertum abgerungen werden.

Das Arbeiterschutzgesetz, dessen Entwurf jetzt nach jahrelangem Herumdoktern vom Reichsarbeitsministerium dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat übergeben ist, ist ein solches „kapitalistisches Zugeständnis", wobei der kapitalistische Grundsatz:

„Alles zur Sicherung des Profits, nichts für die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft"

sehr unverhohlen durchblickt. Der Regierungsentwurf ist eine Antwort auf die „parlamentarische Aktion" des ADGB zur Schaffung eines Notgesetzes zur „Sicherung des Achtstundentages". Was für die Sozialdemokratie in diesem Fall ein zweifelhaftes politisches Schachergeschäft ist, ist für die Kapitalisten ein reales wirtschaftliches Geschäft.

In der Hauptsache handelt es sich um die Arbeitszeit. Daneben sind noch Vorschriften über Betriebsgefahren, Sonntagsruhe, Arbeitsaufsicht und Durchführung des Gesetzes. Von vornherein wird gleich ein großer Teil der Arbeiter vom Gesetz ausgenommen. Es gilt nicht für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht, der Fischerei, der See- und Binnenschiffahrt, der Flößerei und der Luftfahrt einschließlich der Nebenbetriebe. Diese Ausnahme geht sogar so weit, daß größeren industriellen Unternehmungen, sobald sie sich in der Hand eines Unternehmers befinden, der auch Landwirtschaft betreibt, diese industriellen Betriebe als Nebenbetriebe bezeichnen kann. Warum eigentlich durch solche Ausnahmen durch das Gesetz Millionen Arbeiter ausgenommen werden, ist unerfindlich, da ja der Entwurf weitestgehende Ausnahmebestimmungen auch für die unter das Gesetz fallenden Betriebe zuläßt.

Ueber die Arbeitszeit, die gegenwärtig das Kampfobjekt der Arbeiterschaft ist, heißt es im § 9:

„Die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers darf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten."

Diese Demagogie enthüllt sich sofort selbst, indem in den §§ 10 bis 15 gesetzlich zulässige Ausnahmen formuliert sind, mit denen dieser famose „Grundsatz" ins gerade Gegenteil umgekehrt wird. Danach kann zunächst einmal die 48stündige Wochenarbeitszeit „verteilt" werden, d. h. es brauchen diese 48 Stunden nicht unbedingt in 6 Arbeitstagen geleistet zu werden. Der Unternehmer kann auch an 4 Arbeitstagen täglich 12 Stunden arbeiten lassen. Was das bedeutet, konnte man kürzlich aus einem Bericht über die Rationalisierung eines chemischen Betriebes in der „Wirtschaftskurve" der Frankfurter Zeitung erfahren, wonach dort ebenfalls eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt wurde, dergestalt, daß einfach der Sonnabendarbeitsfrei blieb. **Der Unternehmer sparte somit an diesem Tage seine Betriebsunkosten, und sehr richtig wurde die so verkürzte Arbeitszeit zur weiteren Erhöhung des Profits genannt.** Doch es kommt noch schöner. Es heißt dann im § 11:

„Bei Arbeiten, die ihrer Art nach einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, beträgt die Wochenarbeitszeit einschließlich der Sonntagsarbeit 56 Stunden ..."

„Eine Verlängerung der 8stündigen Wochenarbeitszeit ist bei Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten nach § 12 Abs. 4 Nr. 4 bei Arbeitsbereitschaft nach § 13 und in außergewöhnlichen Fällen nach § 15 zulässig."

Diese Zulässigkeit umfaßt so ziemlich alles, was die Unternehmer wünschen. Weiterhin darf „ausgefallene Arbeitszeit" nachgeholt werden. Darunter versteht der Entwurf ausgefallene Arbeitszeit infolge nicht reichsgesetzlicher Festtage (also Bußtag, 9. November, Kirchweihe und Schützenfeste.) Das schlimmste ist jedoch, daß der Unternehmer das Recht erhält, durch Streik oder Aussperrung ausgefallene Arbeitszeit nacharbeiten zu lassen. Das bedeutet faktisch, daß die Unternehmer eine Verlängerung der Arbeitszeit dadurch erzielen können, daß sie die Arbeiter eine Zeitlang aussperren, um sie dann monatelang diese ausgefallene Arbeitszeit nachholen zu lassen. Weiterhin ist zulässig, daß bei Saisonarbeit und bei guter Konjunktur die Arbeitszeit so verteilt werden kann, daß die einschließlich der Ausnahmen zulässige Arbeitszeit im Durchschnitt von höchstens einem Jahr nicht überschritten wird. Damit wird vor allen Dingen das Baugewerbe getroffen, die ja als Saisonarbeiter die ausgefallene Winterarbeitszeit im Sommer nachholen müßten.